

Medienmitteilung KöV / BPUK vom 20. Januar 2011, 15h30

Finanzierung der Strassen- und Schieneninfrastruktur

Die kantonalen Verkehrsdirektoren stehen dem Lösungsvorschlag des Bundes zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur in der Stossrichtung grundsätzlich offen, zum Teil aber skeptisch gegenüber. Sie behalten sich eine vertiefte und unter Umständen auch modifizierte Stellungnahme im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens ausdrücklich vor. Sie anerkennen, dass für eine gesicherte Finanzierung im stark wachsenden Verkehr auf Schiene und Strasse neue Mittel benötigt werden, etwa durch eine verstärkte Verursacherfinanzierung. Einen jährlichen Beitrag der Kantone von 300 Mio. Franken (in einen Bahninfrastrukturfonds) lehnen sie ab.

Der Bundesrat und die Konferenzen der kantonalen Bau- und öV-Direktoren sind sich darin einig, dass für die Strassen- und Schieneninfrastruktur auf Bundesebene eine zuverlässige Finanzierungslösung gefunden werden muss. Als Grundlage haben diese Konferenzen zusammen mit der Finanzdirektorenkonferenz ein Gutachten in Auftrag gegeben.¹ Wichtig ist eine Gesamtverkehrslösung. Die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs ist hochzuhalten, und das Strassennetz ist gezielt, zeitgerecht auszubauen und der Verkehr flüssig zu halten. Auch in Zukunft sollen ein sicheres und leistungsfähiges Nationalstrassennetz zur Verfügung stehen, das Gleiche gilt für die Bahninfrastruktur.

Die kantonalen Verkehrsdirektoren setzen sich ein, dass die dafür notwendige Finanzierung sichergestellt wird, wobei verschiedene Möglichkeiten zu prüfen sind. Neben der bisherigen Verwendung der Mineralölsteuern wird man nicht darum kommen, die Verursacher stärker zu belasten. Zu begrüßen ist, dass die Lücke bei der Spezialfinanzierung Strasse geschlossen werden soll durch Mehreinnahmen bei der Autobahnvignette und der Mineralölsteuer, welche direkt dem Strassenverkehr zukommen. Bei der stärkeren Belastung der öV-Benutzer ist eine Verlagerung auf die Strasse zu vermeiden. Dass die Kantone in einen Bahninfrastrukturfonds, welcher die 7 Mrd. Schulden des FinöV-Fonds übernehmen soll, jährlich 300 Mio. Franken für diese Bundesaufgabe einbezahlen sollen, kann nicht unterstützt werden. Dies würde auch die übrigen Leistungen der Kantone für den öV gefährden und ganz allgemein die Haushalte der Kantone schwächen.

Auskünfte: Benjamin Wittwer, Direktor BPUK / KöV, 031 320 16 90

Bau- Planungs- und Umweltdirektoren- Konferenz
BPUK

Konferenz der kantonalen Direktoren
des öffentlichen Verkehrs
KöV
Haus der Kantone
Speichergasse 6
3000 Bern 7

T +41 (0)31 320 16 90
F +41 (0)31 320 16 98
M info@bpuk.ch – info@koev.ch
www.bpuk.ch – www.koev.ch

¹ Studie Ecoplan, Die Finanzierung von Schienen- und Strassenverkehrsinfrastrukturen auf Bundesbene vom 1. September 2010, www.koev.ch - www.bpuk.ch .